



Bebauungsplan Westfalia-Gelände: Kritik und Zweifel seitens der SPD

Am 22. September geht der Bebauungsplan Westfalia, Teil II in die entscheidende Phase: Nach der gemeinsamen Sitzung der Ausschüsse Bauen, Planen sowie Umwelt, Klima, Verkehr wird der Rat am 29. September abschließend darüber befinden.

Infolge der fünföchigen Offenlage des Plans gingen über 50 Einwendungen von Bürgern bei der Stadt ein. Was diese im Einzelnen beinhalten und wie sie von der Verwaltung beurteilt werden, wird Gegenstand der nun anstehenden Beratungen sein. Die aktuellen Unterlagen zur Sitzung lagen uns bei Drucklegung jedoch leider noch nicht vor.

Und so kann nur vermutet werden, dass sich an den ursprünglichen Plänen nichts verändern wird. Die vergangenen politischen Diskussionen und die Berichterstattung der Presse lassen keinen Zweifel daran aufkommen, dass Bürgermeisterin und Jamaika-Koalition mit ihren Stimmen das Projekt ohne Veränderungen durchwinken werden. Das ist in den Augen der SPD falsch.

Sie hat in den vergangenen Monaten mehrere Kritikpunkte und Verbesserungsvorschläge in die Diskussion eingebracht, die allesamt von den anderen Parteien abgelehnt wurden.

Pflegeheim

Die ursprünglich geplante Seniorenresidenz ist einem Pflegeheim mit 80 Plätzen gewichen, für die es mittelfristig keinen zusätzlichen Bedarf in Herdecke und im Ennepe-Ruhr-Kreis gibt. Zitat aus dem Pflegebericht 2010 für den Ennepe-Ruhr-Kreis, S. 3: „Das stationäre Pflegeangebot ist überdimensional ausgebaut mit einer derzeit hohen Leerstandsquote. Die Anzahl der Heimplätze ist bis 2030 annähernd ausreichend.“

Lesen Sie mehr auf Seite 3

*Liebe Mitbürgerinnen,
liebe Mitbürger,*

die Schullandschaft in Herdecke befindet sich im Umbruch. Deshalb haben die im Rat vertretenen Parteien eine gemeinsame Vorgehensweise zur Schule der Zukunft beschlossen.

Durch anhaltenden Missbrauch hält das Thema Sport- und Freizeitgelände am Bleichstein auch weiterhin Verwaltung und Politik auf Trab.

Als Ergebnis der massiven Proteste wird die offene Kinder- und Jugendarbeit in Ende nicht eingestampft, sondern soll neu aufgestellt werden.

Das Quartier „Ruhr-Aue“, wie der Investor das Projekt Westfalia, Teil II nennt, wird wohl mit den Stimmen der Jamaika-Fraktionen kritiklos im September durchgewinkt.

Dichtheitsprüfungen der Abwasseranlagen sind das Ergebnis einer notwendigen nachhaltigen Umweltpolitik.

Unsere Jusos haben das Verhalten der Grünen der letzten zwei Jahre unter die Lupe genommen.

Sollten Sie Anregungen oder Fragen haben, kommen Sie doch z. B. in unsere regelmäßig stattfindenden Bürgersprechstunden im Parteibüro, Kampstr. 4a. Hinweise finden Sie auf unserer Homepage oder in der örtlichen Presse.

*Mit freundlichen Grüßen und
einem herzlichen Glück auf*

*Ihr
Uli Schwellenberg
Stadtverbandsvorsitzender*

Wie soll es weitergehen?

Schulentwicklung in Herdecke

Die Schullandschaft in Herdecke befindet sich im Umbruch. Die demografische Entwicklung sowie der Wunsch der Eltern, ihren Kindern die besten Bildungschancen zu bieten, führen seit Jahren zu einem Rückgang der Schülerzahlen an der Hauptschule. Diese, schon im vergangenen Schuljahr mit 15 Schülern in der Klasse 5 von der Schulaufsicht nur geduldet, läuft nun endgültig aus. Doch auch für die Realschule könnte es mittelfristig eng werden.

Dieses Szenario ist nicht allein für Herdecke typisch, sondern betrifft viele Kommunen im Land. Darauf hat die rot-grüne Landesregierung zunächst mit der Einrichtung der Gemeinschaftsschule reagiert. In der Gemeinschaftsschule steht das Kind mit seinen Stärken im Vordergrund, ohne Selektion und Versagensängste. Längeres gemeinsames Lernen sowie mehr Chancengleichheit kennzeichnen diese Schule. Um das bildungspolitische Reformprojekt schon im Sommer 2011 zu starten, wurde die Gemeinschaftsschule zunächst als „Schulversuch“ eingerichtet.

Die Genehmigung der Gemeinschaftsschule Finnentrop erklärte jedoch das höchste NRW-Gericht für „rechtswidrig“, da sie auf Basis eines „Schulversuchs“ erteilt worden sei. Ein solches Bildungsexperiment müsse jedoch ergebnisoffen sein und der Erprobung eines neuen pädagogischen Projektes dienen.

Nach schwierigen Verhandlungen haben sich nun SPD, Grüne und CDU im Land auf einen Schulkonsens geeinigt. Die neue Schulform soll jetzt Sekundarschule heißen. Sie beinhaltet jedoch die wesentlichen Merkmale der Gemeinschaftsschule wie z. B. das längere gemeinsame Lernen.

Die Bedingung für die Einrichtung einer Sekundarschule, dass jeder Jahrgang dreizügig sein muss, wird in Herdecke kaum erfüllbar sein. Eine Lösung könnte der Schulversuch einer Modellschule sein, der wesentliche Elemente der Gemeinschafts- bzw. Sekundarschule mit einer innovativen Konzeption kombiniert. Im Konsens mit den anderen Parteien im Herdecker Rat sowie unter Berücksichtigung des Elternwillens soll diese Konzeption erarbeitet werden. Für diesen Prozess



haben wir ein Eckpunkte-Papier mit zehn Anforderungen entwickelt, die die „Schule der Zukunft“ in Herdecke erfüllen sollte.

Zentrales Anliegen ist für uns die Schaffung von mehr Bildungsgerechtigkeit durch längeres gemeinsames Lernen bis Klasse 10.

Außerdem fordern wir, dass auch weiterhin alle Schulabschlüsse vor Ort erworben werden können und somit keine Fahrten in umliegende Städte notwendig wären.

Der Unterricht sollte nach gymnasialen Standards erfolgen, um den Weg zum Abitur zu erleichtern.

Individuelle Förderung und individuelles Lerntempo sollen in kleinen Lerngruppen ermöglicht werden.

Weiterhin muss eine moderne Schule die Inklusion durch die fachspezifi-

sche Integration von Förderschülern in diese neue Schulform vorsehen.

Die neue Schule sollte des Weiteren eine Ganztagschule sein und sowohl auf das Studium als auch auf die Arbeitswelt vorbereiten.

„Kinder und Jugendliche haben ein Recht auf die Bildung der ganzen Persönlichkeit und Entfaltung ihrer Potenziale, und dies in einem Umfeld, das sie stützt und stärkt in einer Atmosphäre von Achtung, Anerkennung, Akzeptanz und Zuversicht.“

Mit diesen Worten von Margret Rasfeld, Schulleiterin einer Berliner Vorzeige-Gemeinschaftsschule, die von einer Herdecker Delegation im Juni besucht wurde, lassen sich alle Anforderungen an die Schule der Zukunft mit einem Satz formulieren.

Bebauungsplan Westfalia-Gelände: Kritik und Zweifel seitens der SPD

Fortsetzung von Seite 1

Denkbar wäre hier zwar ein Engagement des Herdecker GVS, der in der Folge die Anzahl seiner momentan in den Altenzentren Herdecke und Ende vorhandenen Pflegeplätze zugunsten von Plätzen für betreutes Wohnen reduzieren würde. Unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten realistisch scheint dies u. a. aufgrund der hohen und für den GVS nicht refinanzierbaren Kosten für das Grundstück im Moment allerdings nicht.

Den Standort halten wir aufgrund fehlender Außenanlagen sowie hoher Lärmbelastung darüber hinaus für ein Pflegeheim für nicht sonderlich geeignet. Wünschenswert sind hier stattdessen alternative und hochwertige Wohnformen für Senioren wie z. B. ambulant betreutes Wohnen.

Ruhraue

Die Ausdehnung der Bebauung in die Ruhraue hinein bis an die südliche Grenze des Kanuclub-Gebäudes lehnen wir ab. Wir forderten eine Rücksetzung der Baugrenze, da wir der An-

sicht sind, dass dieser attraktive Aufenthaltsraum für Spaziergänger und Radfahrer nicht in so starkem Maße für die Bebauung geopfert werden darf.

Gebäudehöhen

Viergeschossige Gebäude mit rund 17 m Höhe, und das keine 80 m vom Ruhrufer entfernt, sind an dieser Stelle viel zu hoch. Bei den parallel zur Ruhr verlaufenden südlichen Baukörpern plädierten wir daher für die Reduzierung um eine Geschosshöhe und eine extensive Dachbegrünung.

Anbindung an die Innenstadt

Der Zugang zur Ruhr in Verlängerung der Kampstraße sollte noch offener gestaltet werden, um ein gutes Miteinander von Anlieger- und Anlieferverkehr, Fußgängern und Radfahrern zu gewährleisten. Er soll die Nutzer des Ruhrtalradweges in die Herdecker Innenstadt locken. Die optimale Verbindung des neuen Baugebietes mit der Innenstadt ist Voraussetzung für die Belebung des dortigen Einzelhandels.

Arbeitsplätze

Die geplante gewerbliche Nutzung mit der Entstehung neuer Arbeitsplätze wird von der SPD ausdrücklich befürwortet. Dabei gilt unser besonderes Augenmerk vollwertigen und nachhaltigen Beschäftigungsverhältnissen, deren Anzahl aber leider hinter den ursprünglichen Erwartungen zurückzubleiben scheint.

Vorläufiges Fazit

Die SPD hat seit dem Weggang der Firma Westfalia Surge im Jahr 2003 nach einer stadtverträglichen und städtebaulich vernünftigen Lösung für dieses Gelände gesucht und die Entwicklung bis heute positiv gestaltet und begleitet. Wie das Projekt „Ruhr-Aue“ die gesamtstädtische Struktur zukünftig beeinflussen wird, positiv oder negativ, das kann im Moment ein jeder nur vermuten. Die Einschätzungen sind unterschiedlich. Wir sind in dieser Frage skeptisch und meinen: Was nun zur Abstimmung stehen wird, das geht nicht nur besser, sondern muss an vielen Stellen verändert werden!

Einen Brief lesen und verstehen ...

In einem Brief an die Bürgermeisterin vom 06.07.2011 wies die „Aktion Westfalia“ in den Augen der Herdecker SPD zu Recht auf die seit Eröffnung des Mühlencenters am 31. März veränderte Situation des Einzelhandels und der Käuferströme in Herdecke hin. Die aktuelle Einkaufssituation und Anbieterstruktur ist im Einzelhandelsgutachten vom März 2011, das Verwaltung und Politik als Entscheidungsgrundlage dienen soll, gar nicht berücksichtigt. Da die Entscheidung über den Bebauungsplan „Westfalia, Teil II“ auf Mitte September verschoben wurde, schloss sich die Herdecker SPD der Forderung an, dass die Bürgermeisterin veranlassen sollte, das Einzelhandelsgutachten der Firma BBE in den Sommerferien nachzubessern und damit zu aktualisieren.

Antworten auf z. B. folgende Fragen würden in den Augen der SPD wichtige Erkenntnisse liefern: Haben sich

die wirtschaftlichen Erwartungen der Mieter im Mühlencenter erfüllt? Halten die Herdeckerinnen und Herdecker das aktuelle Lebensmittelangebot von Kaufpark, Lidl, Netto, Aldi, REWE in Ende etc. nun für ausreichend, oder wünschen sie sich eine weitere Ergänzung? Haben die Geschäfte in der Innenstadt in den letzten Monaten vom neuen Mühlencenter profitieren können?

Eine aktuelle Analyse ist für uns ein unverzichtbarer Baustein für eine fundierte Entscheidung über ein so wichtiges Projekt in Herdecke.

Und wie reagierte die Bürgermeisterin? Sie teilte der SPD in einem Brief mit, dass sich ihr die Notwendigkeit einer weiteren Aktualisierung des Einzelhandelsgutachtens nicht erschließe. Als Begründung wurden z. B. die Erörterung dieser (?) Thematik in einer Ausschusssitzung im September 2010 (!) angeführt sowie Mei-

nungen und Einschätzungen zum Einzelhandel aus der Zeit lange vor der Eröffnung des Mühlencenters.

Wie wird von der Herdecker Verwaltung eigentlich eine aktuelle Situation beurteilt? Anhand von Vermutungen und Prognosen aus der Vergangenheit? Die SPD bevorzugt da den wachen Blick auf die Gegenwart.

Der einzige Hinweis schließlich, der uns hier weiterbringt und der erkennen lässt, dass das Antwortschreiben der Verwaltung nicht zur Gänze das Thema verfehlt, ist der vorletzte Satz: „Aus jüngsten Gesprächen mit der Werbegemeinschaft geht hervor, dass durch die Ansiedlung des Mühlencenters bereits erste positive Effekte für den Einzelhandel spürbar sind.“

Na also, geht doch! Wenn man nur will ...

SPD begrüßt Überlegungen der Verwaltung

Offene Kinder- und Jugendarbeit neu aufstellen

„Im Kontext des Grundsatzbeschlusses der GS im Dorf und Kirchende ist das Haus der offenen Tür (MiTTendriN) ebenfalls aufzugeben. Die veränderte Nutzerstruktur der beiden Häuser der offenen Tür und die demografische Entwicklung ermöglichen diese Vorgehensweise“, so lautete der „Grundsatzbeschluss“ der Jamaika-Koalition aus dem Jahr 2010, der die 30-jährige erfolgreiche offene Kinder- und Jugendarbeit in Ende ersatzlos einstampfen sollte. Heute nun zeigen die Proteste von Bürgerinitiative, SPD, Jusos sowie vieler engagierter Bürger gegen die Schließung des HoT MiTTendriN Erfolg.



Ein Eckpunktepapier der Verwaltung zur Neukonzeption der offenen Kinder- und Jugendarbeit der Stadt Herdecke sieht weiterhin Ende als Standort für die Kinderarbeit vor. Gleichzeitig erfährt die Jugendarbeit durch eine Verlagerung und Neuausrichtung eine Aufwertung.

Das Konzept beinhaltet die Aufrechterhaltung der **offenen Kinderarbeit** an zwei Standorten, am künftigen neuen Gebäude der Grundschule im Dorf sowie im HoT Fachwerk Life. Die Anbindung an die Schule war für die SPD schon beim Umzug des Jugendzentrums von Westende in den Kernbereich Kirchendes ein wichtiges Kriterium. Wir fordern einen Anbau an die Schule mit „adäquaten Räumlichkeiten“, wie schon der runde Tisch formuliert hat, die sowohl einen offenen Bereich als auch Gruppenarbeit ermöglichen. Zum einen sollen Freizeitmöglichkeiten für Kinder geschaffen werden, die nicht in der Ganztagsbetreuung untergebracht sind. Zum anderen wird der offene Ganztags zeitlich ergänzt – ideal für Familien, die einen Betreuungsbedarf über 16.00 Uhr hinaus haben.

Den Wünschen der befragten Jugendlichen entsprechend soll die **Jugendarbeit** zukünftig im Innenstadtbereich konzentriert werden. Mit dem Angebot von Trendsportarten und der Einrichtung eines Jugendcafés orientiert man sich an den Bedürfnissen der Jugendlichen. Zudem spielt der Wunsch dieser Altersgruppe, unter sich zu sein und sich von den Kindern abzugrenzen, eine wichtige Rolle.

Kritisch sieht die SPD jedoch den Vorschlag der Verwaltung, hierfür Räumlichkeiten im Schulzentrum zu nutzen. Für die Jugendlichen ist es wichtig, Schule und Freizeit auch räumlich zu trennen. Hier sollte ein Standort am Bleichstein in der Nähe der Sportangebote gefunden werden. Denkbar wäre, das Gelände des ehemaligen Spielplatzes an der Hengsteyseestraße zu nutzen.

Ein besonderes Augenmerk sollte zusätzlich auch auf das Angebot für die **11 bis 14-Jährigen** gelegt werden, die einerseits bei den Jugendlichen noch nicht erwünscht sind, die sich andererseits bei den Kindern nicht mehr wohl fühlen. Spezielle Angebote

für diese Altersgruppe – möglicherweise an unterschiedlichen Standorten – sind dringend erforderlich, so die Herdecker SPD.

Diese Konzeption muss nun ergänzt werden durch Raumvorgaben für einen Anbau an der Grundschule sowie Räume am Bleichstein, den personellen Bedarf und die daraus resultierenden Kostenberechnungen. Insgesamt begrüßen wir die Vorschläge der Verwaltung, die auch vom Unterausschuss Jugendhilfeplanung sowie vom Runden Tisch positiv aufgenommen wurden. Die SPD-Fraktion betont jedoch, dass es sich hier um ein Gesamtpaket handelt, das nur bei Umsetzung aller Maßnahmen einen Sinn macht.

Leider lässt die kurzfristige Absage der Unterausschusssitzung, die sich noch vor den Ferien mit der Weiterentwicklung der konzeptionellen Überlegungen befassen sollte, Befürchtungen aufkeimen, dass hier seitens Verwaltung oder Jamaika-Koalition doch noch Essig in den Wein geschüttet werden könnte.

Mehr Ordnung am Bleichstein

Das Freizeitgelände Bleichstein ist sicherlich einer der attraktivsten Orte in unserem Stadtgebiet, da es über vielfältige Sport- und Freizeitmöglichkeiten für Jung und Alt verfügt. Leider sind in den letzten Monaten jedoch verstärkt Vandalismus und Verschmutzungen zu beobachten, die das Stadtbild erheblich trüben und die Aufenthaltsqualität direkt am Ruhrufer stark mindern. So sind gerade in den Sommermonaten in den frühen Tagesstunden immense Müllberge und Verschmutzungen festzustellen, die an den Abenden dort von den inzwischen Hunderten von Grillern hinterlassen worden sind, ohne sie fachgerecht zu entsorgen.

Nachdem man einige Zeit mit kleineren Maßnahmen (mehr Kontrollgänge durch das Ordnungsamt, größere Mülltonnen) versucht hat, der ausufernden Folgen der Grillabende Herr zu werden, wird nun im Rat der Stadt Herdecke diskutiert, ob das Grillen zukünftig nur an den dafür extra ausgewiesenen Stellen erlaubt sein soll. Um auf diesen Plätzen grillen zu können, müssen sich die Nutzer im Vorfeld Schlüssel bei der Stadt abholen, sodass auch nachverfolgt werden kann, wer sich wann und wo aufgehalten hat.

Diesen Vorschlag unterstützen wir, auch wenn wir wissen, dass das „wilde Grillen“ direkt am Ruhrufer davon nicht sofort beendet wird. Jedoch sind die Kontrollen für die Verwaltung dadurch erleichtert, da nun alle Nutzer, die sich nicht in den vorgegebenen Bereichen aufhalten, ohne Probleme direkt auf die neue Regelung hingewiesen, verwarnet und gegebenenfalls bestraft werden können.

Zu dieser Problematik zählen wir übrigens explizit auch die Ereignisse auf dem über eine Million Euro teuren Kunstrasenplatz dazu. Zwar sprechen sich alle Parteien dafür aus, diesen Platz auch weiterhin der Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen, doch muss nun von diesem Anspruch leider etwas abgerückt werden, da in den letzten Monaten der Platz teils als Müllhalde, Sonnenwiese oder Fahrradstrecke missbraucht wurde.

Die Vereine taten sich zunehmend schwer, gegen die meist große Anzahl von Menschen vorzugehen, die durch ihr Verhalten teilweise sogar die Trainingszeiten der Vereine blockierten und behinderten.

Nach Behandlung dieser Thematik im Sportausschuss setzen wir uns dafür



ein, dass der Platz an bestimmten Stunden im Vormittagsbereich weiterhin für Freizeitsportler geöffnet ist.

Außerdem unterstützen wir den Vorschlag der Verwaltung, dass dort ab Herbst eine Art Platzwart dafür sorgt, dass die Nutzungsbedingungen dieser Anlage eingehalten werden und er somit bei Bedarf uneinsichtige Nutzer in die Schranken weisen kann.

Frist für Dichtheitsprüfung verlängern

Sauberes Wasser ist ein elementares Grundbedürfnis für jeden Menschen. Dazu gehört sauberes Grundwasser und Trinkwasser. Um sauberes Trinkwasser zu erhalten, sind auch in Herdecke nahezu alle Gebäude an das städtische Kanalnetz angeschlossen.

Bundesweit schätzt man den Sanierungsbedarf der öffentlichen Kanäle auf ca. 30 %, beim privaten Abwasserkanalnetz auf ca. 70 bis 80 %. Beschädigte Abwasserleitungen führen zu Verunreinigungen des Grundwassers. Nach der Satzung der Stadt Herdecke (wie auch sonst in ganz Deutschland) über die Entwässerung der Grundstücke ist der Grundstückseigentümer bis zum Stutzen an den städtischen Kanal für seinen Anschlusskanal verantwortlich.

Schäden können einerseits zum Austritt von Schmutz- und Mischwasser in den Boden bzw. das Grundwasser führen und Verunreinigungen auslösen (Exfiltration). Andererseits kann dadurch auch Grundwasser in die Kanalisation aufgenommen werden, welches als „Fremdwasser“ das öffentliche Kanalnetz und im wesentlichen die Kläranlagen belastet (Infiltration). Durch Exfiltration verursachte Verunreinigungen können als Straftat (des Eigentümers) beurteilt und gem. § 324 StGB geahndet werden.

Aufgrund des hohen Sanierungsbedarfs hatte der Gesetzgeber festgelegt, dass alle Leitungen bis zum 31.12.2015 auf Dichtheit überprüft werden müssen. In der Zwischenzeit hat sich allerdings herausgestellt, dass aufgrund des großen Umfangs sowie bisher unzureichender Informationen und entsprechender Öffentlichkeitsarbeit dieser Termin nicht mehr sinnvoll zu halten ist.

Daher hat der Landesgesetzgeber die Möglichkeit einer Fristverlängerung eingeräumt. Das bedeutet aber auch für alle Grundstückseigentümer, dass die Gemeinde verpflichtet ist, über

Der SPD-Ortsverein Herdecke-Ost lädt ein
zur Bürgerversammlung:

Informationen zur Dichtheitsprüfung in Herdecke

Mittwoch, 19.10.2011

19.30 Uhr

Seniorenbegegnungsstätte Frühlingstraße

Referent: Andreas Schliepkorte,
Technischer Leiter der TBH Herdecke

die Durchführung der Dichtheitsprüfung zu unterrichten und zu beraten.

Deshalb lautet unsere Empfehlung: Lassen Sie ohne Infos der Stadtverwaltung keine Überprüfung durch dubiose Fremdfirmen (Kanalhaie) durchführen! Es gibt im Internet auf der Seite des Ministeriums für Städtebau eine Liste von zertifizierten Firmen, die diese Untersuchungen durchführen können und dazu berechtigt sind.

Da Herdecke nicht in einem Trinkwasserschutzgebiet liegt, wird voraussichtlich eine reine Sichtprüfung (Kamerabefahrung) ausreichend sein, und die sogenannte Druckprüfung braucht nicht durchgeführt zu werden. Für uns Bürger bedeutet dies, dass die Kosten der Überprüfung geringer ausfallen werden.

Die Situation in Herdecke:

- Ca. 4.500 Grundstücke sind betroffen.
- Das Kanalnetz ist aufgeteilt in 13 Teilgebiete, von denen 8 dicht bebaut sind.
- Eine Vielzahl von Privatkanalgemeinschaften im Ender Raum ist über die Pflicht zur Prüfung auf den jeweiligen Grundstücken hinaus ebenfalls betroffen (private Sammelkanäle).

- Und auch rd. 120 Grundstücksentwässerungsanlagen im Außenbereich (Kleinkläranlagen, abflusslose Gruben) sind betroffen.

Für Herdecke sind folgende Verfahrensschritte vorgesehen: In der letzten Sitzung des Betriebsausschusses wurden die TBH aufgefordert, eine neue Satzung bis spätestens 2013 zu erarbeiten. Diese soll dann durch Beschluss im Ausschuss und im Rat nach dem 01.01.2014 in Kraft treten. Das Kanalnetz soll hierbei in Teilgebiete aufgeteilt werden, die dann je nach Alter der Kanäle bis zu verschiedenen Zeitpunkten zu überprüfen sind. Die in der Satzung festzulegenden Fristen für die einzelnen Entwässerungsgebiete sollen den derzeit möglichen Zeitrahmen bis Ende 2023 ausschöpfen. Nach dem Satzungsbeschluss werden die Bürger in aller Offenheit umfangreich über die Fristen und Pflichten in Kenntnis gesetzt. Das bedeutet gleichzeitig, dass vor diesen Terminen niemand Dichtheitsprüfungen durchführen muss.

Aufgrund dieser zusätzlichen Mehrarbeit sollte nach Ansicht des Betriebsausschusses eine zusätzliche Vollzeitstelle zur Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben ausgeschrieben werden, die spätestens Mitte 2012 zu besetzen ist.

Energiewende beflügelt Handwerk

Unsere größte Energiereserve ist die Einsparung. Prof. Ernst-Ulrich von Weizsäcker, Gründer des Wuppertal Instituts, hält sogar „fünfmal so viel Wohlstand aus einer Kilowattstunde“ für möglich. Nötig ist eine konsequente Förderung der Energiewende. Doch Schwarz-Gelb fährt bei der energetischen Sanierung von Gebäuden einen regelrechten Zick-Zack-Kurs.

Das verunsichert Hausbesitzer und schadet damit den Handwerkern auch hier in Herdecke, die viele neue Arbeitsplätze schaffen könnten, wenn sie sich denn auf die Bundesregierung verlassen könnten. Doch statt diesen Zukunftsmarkt verlässlich zu fördern, bremst FDP-Wirtschaftsminister Rösler die kleinen und mittleren Betriebe in unserer Region noch zusätzlich aus: Die Mittel für die Regionale Wirtschaftsstruktur, die bereits in diesem Jahr gekürzt wurden, will Rösler im kommenden Jahr erneut um zehn Prozent stutzen.

Ganztagskitas statt Herdprämie

Das von Schwarz-Gelb geplante „Betreuungsgeld“, das Müttern oder Vätern gezahlt werden soll, wenn sie ihr Kleinkind nicht in einer Krippe anmelden, stößt bei allen Experten auf einhellige Ablehnung. Das wurde bei einer Anhörung des Familienausschusses im Bundestag deutlich. Es sei sogar verfassungswidrig, sagte eine Rechtsprofessorin, weil es sowohl gegen den Schutz der Familie als auch gegen die Förderung der tatsächlichen Gleichberechtigung verstößt.

Auch die deutschen Arbeitgeberverbände erteilen der „Herdprämie“ eine Abfuhr: In ihrem „Acht-Punkte-Plan“ zur frühkindlichen Bildung fordern sie Investitionen in gute Bildungs- und Betreuungseinrichtungen.

Die SPD fordert deshalb nach wie vor massive zusätzliche Investitionen des Bundes für den Ausbau der frühkindlichen Bildung.



Christel Humme MdB (rechts) und Thomas Stotko MdL ließen sich von Vorstandsmitglied Ute Herminghaus-Böcking (2. v. r.) und Produktionsleiterin Andrea Flemming die Folienproduktion bei Dörken erläutern.



KiBiz gerechter gestalten: Weniger Gebühren, mehr Qualität!

Im Kindesalter werden die entscheidenden Grundlagen gelegt. Daher sind Investitionen in gute frühkindliche Bildung besonders wichtig. Mit den Änderungen beim Kinderbildungsgesetz (KiBiz) setzt die NRW SPD das in die Tat um, was sie vor der Wahl gesagt hat: Wir wollen kein Kind zurück lassen!

- Seit August ist das letzte Kindergartenjahr in ganz Nordrhein-Westfalen beitragsfrei. Für uns ist klar: Bildung darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen.
- Wir verbessern die Qualität von Betreuung und Bildung in den Kitas. Die Gruppen der unter Dreijährigen werden personell verstärkt. Erzieherinnen und Erzieher werden von bürokratischen Aufgaben entlastet.
- Die Mitwirkungsrechte der Eltern in den Kindertageseinrichtungen werden gestärkt.
- Für Kinder mit Behinderungen gibt es deutliche Verbesserungen.
- Wir bringen 1.000 zusätzliche Berufspraktikantinnen und -praktikanten in die Kitas.

Für uns bleibt es dabei: Wir wollen unsere Kinder früh fördern, damit sie später ein selbstbestimmtes Leben führen können. Wir investieren in Bildung, um soziale Folgekosten zu verhindern. Das ist verantwortungsvolle Politik für Nordrhein-Westfalen.

Weitere Infos unter www.nrw.spd.de.

Ein grünes Parteibuch macht noch lange keine grüne Politik

Ein Juso-Bericht über längst verworfene Leitgedanken der grünen Ratsfraktion

Einst traten die Grünen in Herdecke für ökologische, ökonomische und soziale Nachhaltigkeit ein. Doch diese Zeit ist längst Geschichte. Fakt ist: Die Leitgedanken grüner Politik werden in Herdecke mit Füßen getreten!

Beispiel Bebauung Westfalia-Gelände

Nach den Plänen von Investor und Stadtverwaltung soll über nahezu 200 Meter Länge fast 20 Meter tief in die Ruhraue (Landschaftsschutzgebiet) hineingebaut werden. Diese Pläne finden die Zustimmung der Herdecker Grünen und werden von deren Ratsvertreterinnen und -vertretern mitgetragen.

Entspricht dies dem Leitgedanken ökologischer Nachhaltigkeit?

Die Herdecker Jusos meinen: **NEIN!**

Hier wird Raubbau an der Natur betrieben. Rund 4.000 Quadratmeter Landschaftsschutzgebiet dürfen nicht den Interessen eines privaten Bauvorhabens zum Opfer fallen.

Beispiel Neuverschuldung

Für die Erschließung des Westfalia-Geländes plant die Stadt Herdecke eine Neuverschuldung von 2,5 Millionen Euro. Auch dies stößt auf breite Zustimmung der Herdecker Grünen und wird von deren Ratsvertreterinnen und -vertretern mitgetragen.

Entspricht dies dem Leitgedanken ökonomischer Nachhaltigkeit?

Die Herdecker Jusos meinen: **NEIN!**

Die Stadt Herdecke befindet sich im Nothaushalt; es können nur in beschränktem Umfang Ausgaben getätigt oder Kredite aufgenommen



werden. Die Neuverschuldung wird zu massiven, nicht hinnehmbaren Einbußen bei nachfolgenden Generationen führen, zumal sich die Investitionskosten nicht wie behauptet durch Gewerbesteuer und Grundsteuer refinanzieren werden.

Beispiel Grundsatzbeschluss 2010

Die Jamaika-Koalition fasste im Rahmen der Haushaltsberatungen 2010 den Beschluss, das Jugendzentrum HoT MiTTendriN ersatzlos zu schließen. Das erst ein Jahr zuvor für rund 120.000 Euro renovierte Jugendzentrum sollte nach diesen Plänen mit der Abrissbirne dem Erdboden gleichgemacht werden, damit das Grundstück veräußert und so ein vermeintliches Plus im Stadtsäckel verbucht werden kann. Dieser Grundsatzbeschluss wurde durch die Grünen mitinitiiert und von den grünen Ratsvertreterinnen und -vertretern mitgetragen.

Entspricht dies dem Leitgedanken sozialer Nachhaltigkeit?

Die Herdecker Jusos meinen: **NEIN!**

Schon allein die Vorgehensweise war nicht akzeptabel. Ohne vorherige Beteiligung des zuständigen Aus-

schusses und ohne Beteiligung der Betroffenen ein bei den Kindern und Jugendlichen sehr beliebtes Jugendzentrum im bevölkerungsreichsten Stadtteil Herdeckes schließen zu wollen, zeugt weder von politischer Weitsicht noch von sozialer Nachhaltigkeit.

Sieht so grüne Politik aus?

Die Herdecker Jusos meinen: **NEIN!**

Die Leitgedanken grüner Politik sind nicht mehr zu erkennen. Dies zeigt sich nicht nur an den genannten Beispielen, sondern auch an mangelnder Transparenz, Konsequenz und Bürgerbeteiligung. Oder konnten Sie in den letzten Jahren mal einer Bürgerversammlung der Herdecker Grünen beiwohnen? Anstatt wieder für ihre Leitgedanken einzutreten, scheinen die Herdecker Grünen lieber weiter im zähen Brei der Jamaika-Koalition zu rühren.

Genau davor hatten die Jusos vor der letzten Kommunalwahl übrigens mit einer alten Weisheit gewarnt, die nach wie vor gilt: Zu viele Köche verderben den Brei!

Impressum

Hrsg.: SPD-Stadtverband Herdecke
Kampstraße 4 a
58313 Herdecke
V. i. S. d. P.: Uli Schwellenberg
Auflage: 13.000
www.spd-herdecke.de